



# Durchbruch bei Finanztransaktionssteuer

In den letzten zwei Wochen hat es eine spektakuläre Debatte um die Finanztransaktionssteuer (FTS) gegeben. Dabei gab es auch einige verwirrende und irreführende Medienberichte.

Tatsächlich hat es einen Durchbruch gegeben. Zwei Ereignisse standen dabei im Mittelpunkt:

- a. Verhandlungen zwischen Bundesregierung und Opposition (vor allem SPD und Grüne) um den Fiskalpakt und die FTS,
- b. EU-Finanzministertagung (ECOFIN) am 22.6. in Luxemburg.

## Ergebnis der ECOFIN Tagung

Mit der ECOFIN-Tagung ist der Weg für die Einführung der FTS im Rahmen der *Verstärkten Zusammenarbeit* frei gemacht worden. Die FTS in der EU-27 ist, was sich seit Monaten abgezeichnet hatte, endgültig vom Tisch. Großbritannien macht definitiv nicht mit. WEED hatte sich daher schon seit Beginn des Jahres für die *Verstärkte Zusammenarbeit* eingesetzt.

Die *Verstärkte Zusammenarbeit* ist ein Verfahren, das Projekte im Rahmen des EU-Rechtes ermöglicht, wenn mindestens neun Mitgliedsstaaten mitmachen.

Beim ECOFIN haben sich vorerst elf Regierungen bereit erklärt, sich zu beteiligen: Belgien, Deutschland, Estland, Frankreich, Griechenland, Italien, Malta, Österreich, Portugal, Slowenien, Spanien.

Irland und Luxemburg lehnten ausdrücklich eine Beteiligung an der *Verstärkten Zusammenarbeit* ab.

Andere Länder wollen sich die Sache überlegen. Wieder andere, darunter Großbritannien, haben erklärt, dass sie einer *Verstärkten Zusammenarbeit* nicht im Wege stehen würden. Es ist denkbar, dass im Verlaufe der Verhandlungen weitere Länder dazustoßen.

## Das weitere Verfahren

Die EU-Kommission wird jetzt einen neuen Vorschlag unterbreiten. Es ist davon auszugehen, dass dieser nahe an dem bisherigen Entwurf der Richtlinie zur FTS liegen wird. Danach muss das Europaparlament zustimmen. Dann muss der Rat dem Verfahren (nicht den Inhalten) mit qualifizierter Mehrheit (Stimmgewichtung der Länder angelehnt an die jeweilige Bevölkerungszahl) zustimmen. Dann wird der Inhalt unter den beteiligten Ländern beraten und entschieden.

Wie man an dem komplizierten Verfahren sehen kann, sind wir noch nicht endgültig am Ziel, und es gibt noch Gelegenheiten zur Verwässerung des Projekts. Andererseits ist die Dynamik so weit gediehen, dass ein Scheitern ziemlich unwahrscheinlich geworden ist. Da Frankreich und Deutschland das Projekt mit einiger Entschlossenheit und inhaltlich doch einigermaßen guten Positionen betreiben, dürfte die Dynamik auch nicht erlahmen. Ob der angekündigte Zeitplan, bis Jahresende zu einem Abschluss zu kommen, eingehalten wird, ist unklar.

Für die Zivilgesellschaft bedeutet all dies auf jeden Fall, dass sie mit ihrer Aufmerksamkeit und politischem Druck nicht nachlassen darf.

## Deutsche Debatte um FTS und Fiskalpakt

Aufgrund eines Karlsruher Urteils braucht die Bundesregierung eine Zwei-Drittel-Mehrheit für den Fiskalpakt. SPD und Grüne hatten dies zum Anlass genommen, ein Verhandlungspaket aus Fiskalpakt, Wachstumspakt und FTS zu schnüren.

Allerdings ist für eine Reihe von Mitstreitern der Kampagne für die FTS, die dem Fiskalpakt skeptisch bis ablehnend gegenübersteht, das Problem aufgetaucht, dass es ein hartes Junktim zwischen Zustimmung zu Fiskalpakt und FTS geben könnte. Dementsprechend gab es die Befürchtung, man ließe sich die Zustimmung zum Fiskalpakt mit der FTS abkaufen.

Diese Befürchtung war jedoch nicht berechtigt:

1. Weder SPD noch Grüne haben jemals wirklich ernsthaft den Fiskalpakt ablehnen wollen.
2. Union, und hier vorneweg Merkel und Schäuble, hatten bereits vor den Verhandlungen zum Fiskalpakt signalisiert, dass sie zu einer FTS im Rahmen der *Verstärkten Zusammenarbeit* bereit wären, und mussten daher keineswegs durch Druck der Opposition dazu gezwungen werden.
3. Daher gab es das Tauschgeschäft *Fiskalpakt gegen FTS* in Wirklichkeit nicht.
4. Die öffentliche Behauptung eines Junktims diene vor allem parteipolitisch motivierten strategischen, innerparteilichen und koalitionspolitischen Motiven.

Insofern besteht kein Anlass für die Annahme, die Kampagne habe sich für die Durchsetzung des Fiskalpakts instrumentalisieren lassen.